

Die schweizerische Arbeiterbewegung.

Die Verhandlungen des Parteitags der schweizerischen Sozialdemokratie in Neuenburg zeigen, wie die schweizerische Arbeiterbewegung sich immer mehr in derselben Richtung entwickelt, wie diejenige der andern Länder. Darin offenbart sich die Wirkung der modernen kapitalistischen Industrie, die nach dem Untergang der alten bedeutenden Haushandels in den letzten Jahrzehnten emporgekommen und die Grundlage für eine moderne Arbeiterbewegung geschaffen hat.

Die alte sozialdemokratische Bewegung wurde in ihren Anschauungen und Methoden durch die unentwidelten wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt, sowie durch deren politischen Ausdruck, die schweizerische Demokratie. Diese Demokratie deckt sich nicht in jeder Hinsicht mit dem, was wir darunter verstehen, und sie fand schon von altersher eine Grenze in ihren historischen und ökonomischen Grundlagen. Neben dem Kleinbauernntum der Gebirgsäler, deren Wirtschaftsweise eine dörflich-demokratische Verfassung mit sich bringt, herrschten in der Schweiz die städtischen Patrizier, die Kaufleute, die die Heimarbeiter ausbeuteten und mit straffer Hand die Zügel der Regierung führten. Was die politischen Formen der Schweiz von denen anderer Staaten vor allem unterscheidet und meist als Demokratie bezeichnet wird, ist der Republikanismus, das Fehlen einer erblichen Regierungsgewalt, die die Beamten von oben ernennen; die Bevölkerung werden von unten durch das Volk gewählt. Diese Demokratie hat, zusammen mit den unentwidelten wirtschaftlichen Verhältnissen, den Charakter der früheren sozialdemokratischen Bewegung bestimmt, deren Umbildung zu einer modernen Sozialdemokratie gerade Inhalt der gegenwärtigen Parteigeschichte und Objekt der Kämpfe und Gegensätze in der Partei ist. Insoweit diese alten Formen durch die Kraft der Tradition das Durchdringen einer neuen Taktik verlangsamten, kann man vom Standpunkt unserer sozialdemokratischen Auffassungen aus von einer hemmenden und schädigenden Wirkung jener Demokratie auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung reden.

Die sozialdemokratische Partei führt als Vertreterin der Arbeiter schon seit langem den politisch-parlamentarischen Kampf gegen andre Parteien. Aber diese kleinbürgerlichen Verhältnisse führten dazu, daß dieser Parteikampf nicht als Klassenkampf empfunden und gekämpft wurde. Wahlkampfversprechen mit bürgerlichen Parteien waren daher an der Tagesordnung, wozu auch das Wahlsystem der Listen ohne Proporz mitwirkte. Schlimmer noch steht es mit den gewählten Beamten. Wenn die Arbeiter ihre Genossen, Mitglieder der Partei, in die Posten eines Amtmanns oder Regierungsrats gewählt haben, fühlen diese sich da nicht als Vertreter des Proletariats, sondern aller Bürger. Mittels der Ideologie des „Allgemeininteresses“, dem sie zu dienen haben, weisen sie jede Kontrolle oder Beeinflussung ihrer Umlaufführung durch die Partei zurück, da sie nur ihrem Gewissen und der Gesamtheit aller Bürger verantwortlich seien. Dasselbe gilt auch in hohem Maße von allen Parlamentarien; die ständige Kontrolle der Tätigkeit durch, und die Verantwortung gegen die Parteiorganisation, die in der deutschen Partei selbstverständlich ist, fehlt hier fast völlig. Ist daher die Besetzung eines Regierungspostens durch einen Arbeitervorsteher kaum ein wesentlicher Gewinn für das Proletariat, so bringt sie auf der andern Seite einen erheblichen Schaden. Alles, was die Arbeiterbewegung an guten Kräften hervorbringt, ist für diese Posten nötig — reicht oft sogar nicht einmal; so wird sie aller Personen beraubt, die fähig wären, als Führer im Kampfe aufzutreten und ihr ganzes Können und Wissen dem Aufbau der Organisation zuzuwenden. Darin besteht ein scharfer Gegensatz zu der deutschen Bewegung. Wie in Deutschland der systematische Ausschluß aller fähigen Köpfe im Proletariat von dem Aufstieg zu höheren Posten diese zwang, sich völlig der Bewegung zu widmen, und dadurch zu einem Element der Kraft der deutschen Arbeiterbewegung wurde, so bildet der schweizerische Zustand umgekehrt ein Element der Schwäche der

dortigen Bewegung. Die allgemeine politische Demokratie, die das Proletariat nicht als eine eigene von dem übrigen scharf getrennte Gruppe hervortreten ließ, hat die Entwicklung der Parteidemokratie verhindert oder gehemmt.

Das Emporkommen des Kapitalismus in der Schweiz hat nun die alten wirtschaftlichen Verhältnisse revolutioniert und damit auch die alten Parteiverhältnisse in Gänze und Umwälzung gebracht. Die Großindustrie ist mächtig emporgekommen und hat große Arbeitermassen, Schweizer und Ausländer, herangezogen. Die Landwirtschaft wird zur Warenproduktion und die sich organisierenden Bauern werden in die Politik hineingezogen. Moderne Klassengesetze und Klassenkämpfe entstehen. Die Arbeiter schaffen sich kräftige Gewerkschaften gegen das Unternehmertum, an dessen Spitze Millionäre, wie der Maschinenkönig Sulzer-Ziegler in Winterthur als richtiger Scharfmacher das ganze Spiekerum gegen die Sozialdemokratie ins Feld führen. Die Bauern, die Lebensmittelzölle wünschen, haben das instinktive Empfinden, daß die neu entstehende modern denkende städtische Arbeiterbevölkerung dabei ihre Gegner sind, und schließen sich den Spieckern an. Die liberale Bourgeoisie der Städte tritt vielfach für den Agrarwucher ein, um die Hilfe der Bauern gegen die Arbeiter zu gewinnen — diese bemerkenswerte Tatsache beweist, wie wenig die Unterstüzung der jungerlichen Wucherpolitik in Deutschland durch die Bourgeoisie einen unnatürlichen Ausnahmefall bildet — und die Bauern sind dafür bereit, jedem Unterdrückungsgesetz gegen die Arbeiter, wie Streik- und Streikpostenverbote, zuzustimmen.

Diese neuen Verhältnisse mußten auch einen Umschwung in der Partei bewirken. Nicht durch die theoretische Einsicht, sondern durch die praktische Erfahrung. Nicht die Sozialdemokraten importierten den Klassenkampf, sondern die bürgerlichen Klassen. Der bürgerliche Block, der 1905 fast alle Sozialdemokraten aus dem Nationalrat hinauswarf, schreite die Partei aus der demokratischen Duselei auf und brachte ihr in unliebsamer Weise zum Bewußtsein, daß die Zeiten sich geändert hatten. Dieses Erlebnis führte schon zu einem festeren Ausbau und einer inneren Kräftigung der Organisation. Noch stärker wirkten die wirtschaftlichen Kämpfe. Bei allen Streiks der letzten Jahre — wie dem Maurer- und dem Metallarbeiterstreik in Winterthur 1910 und dem Schlosserstreik in Zürich 1912, der zu dem Generalstreik am 12. Juli führte — traten die Behörden der „Demokratie“ in der schärfsten Weise für die Unternehmer gegen die Arbeiter auf, verboten das Streikpostenstein, ließen Streikende durch die Polizei misshandeln, wiesen Ausländer in brutaler Weise aus, alles genau wie bei uns in Preußen. So wurden den Arbeitern schärfer eingeprägt, daß auch die schweizerische Demokratie nur eine Form für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist. Diese neue Einsicht setzt wiederholt mit den Traditionen vieler politischer Führer in Konflikt, und das Resultat dieser Kämpfe kann nur dahingehen — mögen auch noch viele Einzelprobleme zu lösen sein —, die Politik in den Parlamenten unter die Kontrolle der Organisationen zu bringen und damit diese Parlamentspolitik zu einer Waffe im Klassenkampf zu machen.

Diese Umwälzung wäre noch schneller vor sich gegangen, wenn die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter auch den politischen Kampf hätten führen müssen. Aber sie waren zu einem bedeutenden Teil Ausländer. Die Bedeutung der Ausländer sieht man daraus, daß sie 1910 15 Prozent (1900 erst 11,5 Prozent) der ganzen Bevölkerung bildeten, in Grenzorten sogar 40 Prozent, und von den industriellen Arbeitern fast 31 Prozent ausmachen. Ihre politische Rechtlosigkeit, verbunden mit ihrer Unentbehrlichkeit für das kapitalistische Wirtschaftsleben, zeigt uns den Mangel der schweizerischen Demokratie; sie ist so wenig eine echte Demokratie, wie die Patrizierherrschaft im alten Rom oder in den mittelalterlichen Städten, gegen die die eingewanderten, wirtschaftlich wichtigen Plebejer und Kleinbürger damals anklammten, eine Demokratie war. Weil die Ausländer keine politischen Rechte besitzen, konnten sie nur mittels ihrer Gewerkschaft kämpfen, unpolitisch; so erklärt sich der zeitweilige Einfluß syndikalistischer Ideen, und auch der breite Raum, den die

Massenstreitdebatte auf dem Neuenburger Parteitag einnahm. Sie standen lange als eine Sonderorganisation außerhalb der schweizerischen Partei, in der die alten kleinbürgerlichen Ideen des Grüttivereins vorherrschten, nach denen ein Ausländer, der die Schweizer „Eigenart“ nicht kannte, in der Schweizer Politik nicht mitreden durfte. Ihre Zulassung im Jahre 1911 als gleichberechtigte Mitglieder in der Partei, die jetzt durch die Auflösung ihrer besonderen Organisation besiegt ist, wird eine bedeutsame Stärkung der Tendenzen bringen, die infolge der wachsenden Industrialisierung der Schweizer Arbeiter die Partei in neue Bahnen drängen. Denn die Ausländer waren schon vorbildlich durch ihr Bildungswesen, und von ihnen gingen auch schon Versuche aus, die Parlamentspolitik unter die Kontrolle der Parteimitglieder zu bringen.

Die Ermächtigung gleicher politischer Rechte für die Ausländer, in der Form der Erleichterung der Einbürgerung dieser schweizerischen Plebejer, wird jetzt zu einer wichtigen Aufgabe der Partei. Weil die Rechtlosigkeit von einem Drittel des industriellen Proletariats genau so wirkt, wie ein beschränktes Wahlrecht, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die bürgerlichen Parteien davon aus Klasseninteressen nichts wissen wollen. Dann muß auch in der „demokratischen“ Schweiz durch die Kraft der organisierten sozialistischen Arbeiterchaft ein Kampf für die wirkliche Demokratie geführt werden.

Aus der Partei.

Das Vegräbnis des Reichstagsabgeordneten Genossen Förster, unter imposanter Beteiligung der Hamburger Parteigenossen wurde am Donnerstag Genosse Hermann Förster zu Grabe getragen. In der Kapelle des Ohlsdorfer Friedhofs fand eine schlichte Feier statt, an der der Parteivorsitz, vertreten durch den Genossen Hermann Müller, die Reichstagsfraktion, vertreten durch die Abgeordneten Stadthagen, Wurm, Baudert, Leutert, Käppeler und Giebel, teilnahmen. Auch Försters Reichstagswahlkreis Neuk. L. war eine Deputation erschienen. Sämtliche Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft, der Förster angehörte, waren gleichfalls durch Mitglieder vertreten, ebenso der Vorstand der Bürgerschaft. In der Kapelle riefen die Reichstagsabgeordneten Krohne, Stadthagen und Baudert dem dahingestiegenen Freunde Worte der Verehrung und des Dankes nach. Am offenen Grabe hielten Genosse Hermann Müller-Berlin und Genosse Paul Hoffmann-Hamburg Trauerreden. Von den Gewerkschaften war der Tabakarbeiterverband, dessen erster Vorsitzender unter dem Sozialistengesetz Genosse Förster gewesen, durch zahlreiche Mitglieder vertreten.

Zu Beginn der Mittwochsitzung der Hamburger Bürgerschaft zollte der Präsident dem Wirkten Försters anerkennende Worte.

Gemeindewahlen. Im Wahlkreis Dortmund-Hörde erzielte die Sozialdemokratie in den letzten Tagen noch eine Anzahl glänzender Resultate. In Hohenbungen — weiter bekannt durch den Kaiserbesuch — siegte sie in der dritten Abteilung. — In Sölden siegte ihr Kandidat mit 177 gegen 2 Stimmen. — In Aplerbeck siegte sie ebenfalls. Ihre Liste erhielt 324, die der Nationalliberalen 101 und die des Zentrums 103 Stimmen. — In der Gemeinde Rahm eroberte sie ein zweites Mandat. — In Kemminghausen siegte sie ohne Gegenwart. Die genannten Orte sind sämtlich Berg- und Industriedörfer.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Kiel wurden am Donnerstag sechs Sozialdemokraten und sechs Bürgerliche gewählt, so daß das Kollegium nunmehr aus 24 Sozialdemokraten und 24 Bürgerlichen besteht.

Bei den Gemeindewahlen am 19. Nov. hatten unsre Genossen in Flensburg bei den Stadtverordnetenwahlen die Mehrheit der Stimmen. Das veranlaßte die Führer der Bürgerlichen, am zweiten Wahlgang, dem 22. November, mit den bedenklichsten Mitteln zu arbeiten. Um 4 Uhr, nach Schluss der Schulzeit, kamen einige Lehrer mit ihren Klassen angerückt, die Kinder mußten Schleppzettel zu den jüngsten Wählern bringen. Gegen diesen Missbrauch der Schulkinder wird energisch Protest erhoben werden. Vorerst errangen durch die Machinationen die Bürgerlichen den Sieg.

Der dritte Kreistagsabgeordnete. Bei der Wahl eines Kreistagsabgeordneten in Höhscheid (Kreis Solingen) wurde unser Genosse Albert Drénn und Scherenschleifer, mit 12 gegen 10 Stimmen gewählt. Mit ihm zieht der dritte Sozialdemokrat als Abgeordneter in den Kreistag für den Kreis Solingen.

MERCEDES

Ueber 600 eigene Geschäfte und Alleinverkaufsstellen

Die bestechende Eleganz,
Die wunderbare Passform
und
Sprichwörtliche Haltbarkeit
haben dem Mercedes-Stiefel
seinen Weltruf geschaffen.



„Mercedes“ Schuhgesellschaft
Petersstrasse 30 LEIPZIG Petersstrasse 30

Verlangen Sie illustrierten Katalog
Metzeler-Gummischuhe
Bestes deutsches Fabrikat